



INLAND

Die VU-Ortsgruppe Schaan blickte auf ein erfolgreiches Jahr zurück.

SEITE 9



SPORT

Squashfrauen starten am Freitag mit einigen Ambitionen in die neue NLB-Saison.

SEITE 17

Sonntags geöffnet
Montags und Feiertags geschlossen



WWW.LETT.LI

Wegen versuchten Mordes verurteilt

Vaduz. – Gestern wurde ein 46-jähriger Liechtensteiner wegen des Verbrechens des versuchten Mordes zu einer elfjährigen Haftstrafe verurteilt. Der Mann hatte am Morgen des 4. Februar in Feldkirch seiner 39-jährigen Freundin schwere Stichverletzungen im Brustbereich zugefügt. Dann flüchtete er mit dem Bus nach Liechtenstein, wo er sich schliesslich der Polizei stellte. (bfs) SEITE 3

Für Umwandlung der CO₂-Abgabe

Bern. – Nach dem Entscheid für den Ausstieg aus der Atomenergie hat der Ständerat über parlamentarische Vorstösse zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beraten. Dabei sprach er sich für eine Umwandlung der CO₂-Abgabe aus. Der Ständerat möchte, dass die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe künftig nicht mehr an die Bevölkerung zurückerstattet werden. Knapp – mit 17 zu 16 Stimmen – hiess er eine Motion von Pankraz Freitag (FDP/GL) gut, die nun an den Nationalrat geht. Heute wird ein Drittel der Einnahmen aus der CO₂-Abgabe für Gebäudesanierungen verwendet. Der Rest – rund 400 Millionen Franken – fliesst via Krankenkassenprämien an die Bevölkerung zurück. Der Ständerat möchte, dass künftig der gesamte Betrag für Gebäudesanierungen und die Förderung erneuerbarer Energien eingesetzt wird. Nichts wissen will der Ständerat dagegen von einer Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts bei Energieprojekten. (sda)

Auch Veto zum Schweizer Modell

Erbprinz Alois gibt erneut den Tarif durch. Wie das Fürstenhaus gestern mitteilte, wird er auch die in der am Dienstag eingereichten Motion aufgezeigte Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs nach Schweizer Modell nicht sanktionieren.

Von Günther Fritz

Vaduz. – In einer gestern vom Fürstenhaus versandten Pressemitteilung gibt Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein bekannt, dass er eine Fristenregelung nach dem Schweizer Modell ebenso wenig zu sanktionieren beabsichtige wie jene der Initiative «Hilfe statt Strafe».

47,7 Prozent für Fristenregelung

Das Liechtensteiner Stimmvolk hat am 18. September die von der Arbeitsgruppe Schwangerschaftskonflikte lancierte und vom Landtag Ende Juni abgelehnte Fristenregelungsinitiative «Hilfe statt Strafe» mit einem knappen Neinstimmen-Anteil von 52,3 Prozent verworfen. Erbprinz Alois hatte bereits am 21. März seine Mühe mit «Hilfe statt Strafe» bekundet: «Das Recht auf Selbstbestimmung würde höher gewertet als das Recht des ungeborenen Kindes auf Leben. Dies ist aus meiner Sicht nicht verantwortbar.» In seiner Rede zum Staatsfeiertag wurde der Thronfolger dann noch deutlicher: «Ich werde den Initiativvorschlag ablehnen, sollte ihn das Volk nicht ebenso wie der Landtag ablehnen.»

Diese Ankündigung der Sanktionsverweigerung noch vor der Volksabstimmung löste bei vielen politischen Ak-



Wird auch eine Fristenregelung nach dem Schweizer Modell nicht sanktionieren: Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein. Bild Daniel Ospelt

teuren demokratiepolitische Bedenken aus. Politologe Wilfried Marxer geht davon aus, dass das angekündigte Veto des Erbprinzen auf jeden Fall einen Einfluss auf die für liechtensteinische Verhältnisse niedrige Stimmbeihilfe hatte.

Erbprinz spricht erneut Klartext

Viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wünschen sich vom Souverän Fürst, zuerst den demokratischen Entscheidungsfindungsprozess abzuwarten, bevor er seine Sanktionsverweigerung ankündigt. Dennoch hat Erbprinz Alois gestern, einen Tag nach Einreichung der Motion zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs nach Schweizer Modell, schon wieder sein Veto an den Anfang der öffentlichen Diskussion gestellt.

«Zwar kennt das Schweizer Modell die eugenische Indikation nicht, es umfasst aber sämtliche andere Aspekte einer Fristenregelung, die der Erbprinz bereits in seinen vergangenen Stellungnahmen abgelehnt hat», heisst es in der Pressemitteilung des Fürstenhauses. Durch eine Fristenregelung würde insbesondere der gesellschaftliche Druck auf ungewollt Schwangere in Richtung einer Abtreibung erhöht, anstelle Hilfe anzubieten. «Nötig wäre hingegen eine liechtensteinische Lösung, die wirkliche Hilfe bringt», ist der Thronfolger überzeugt. Erbprinz Alois will sich persönlich dafür einsetzen, «die gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Frauen und Paare im Schwangerschaftskonflikt zu verbessern».

«Ein Stück weit war zwar damit zu rechnen, dennoch bin ich über den Zeitpunkt erstaunt», sagte VU-Fraktionssprecher Peter Hilti auf «Vaterland»-Anfrage zur gestrigen Ankündigung von Erbprinz Alois, auch das Schweizer Modell nicht sanktionieren zu wollen. Denn eigentlich gehe es bei der Motion nur um einen Auftrag an die Regierung, weitere Abklärungen – gerade was die Beratung anbelangt – zu treffen, ohne dass bereits etwas in Stein gemeisselt sei. «Persönlich hoffe ich nach wie vor, dass beide parlamentarischen Vorstösse der Regierung übergeben werden, um eine gangbare Lösung mit dem Ziel zu finden, dass die betroffenen Frauen entkriminalisiert werden», betonte VU-Fraktions-

Was realpolitisch machbar ist

Nach der Ankündigung des Erbprinzen, die nach dem österreichischen Modell ausgerichtete Initiative «Hilfe statt Strafe» nicht zu sanktionieren, kommt das Nein zum Schweizer Modell für FBP-Fraktionssprecher Johannes Kaiser nicht überraschend, da darin viele Elemente des österreichischen Modells enthalten seien. VU-Fraktionssprecher Peter Hilti und FBP-Fraktionssprecher Johannes Kaiser, der sich klar zum Alternativvorschlag von FBP und VU bekennt, sind sich darin einig, dass letztere Lösung realpolitisch das einzig Machbare sei. Dieser von FBP und VU eingebrachte Initiativtext, der ebenso im Oktober-Landtag behandelt wird, sieht vor, dass Schwangerschaftsabbrüche in Liechtenstein zwar verboten bleiben, aber straffrei sind, wenn sie im Ausland vorgenommen werden. SEITE 7

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3-13
Ausland	14
TV-Programme	15
Boulevard	16
Sport	17-20
Leserreise	21
Bauen + Wohnen	23
Senioren	24
Feldkirch	25
Cinema	26
Kultur	27, 28
Wirtschaft	29-31
Die Letzte	32

MEHR FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN
www.vaterland.li

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li



Ex-Bankiervertreter wird oberster Aufseher

Der frühere Direktor der Schweizerischen Bankiervereinigung, Urs Roth, wird neuer Aufsichtspräsident der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein. Er übernimmt das Amt von Michael Lauber.

Von Patrick Stahl

Vaduz/Bern. – Die Liechtensteiner Regierung hat sich gestern nicht auf dem falschen Fuss erwischen lassen. Sie gab umgehend nach der Wahl Laubers zum neuen Schweizer Bundesanwalt dessen Nachfolger bekannt. Der 64-jährige Urs Roth tritt Anfang kommenden Jahres das Amt des Aufsichtspräsidenten der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein an, wie die Regierung gestern mitteilte. Bis dahin bleibt Lauber noch im Amt. Urs Roth war zuletzt während neun Jahren Direktor der Schweizerischen Bankiervereinigung. Im September 2010 trat er aus Altersgründen von

diesem Posten ab. Zuvor war der Jurist während 25 Jahren bei der Schweizer Grossbank UBS tätig, bis 2001 als Chefjurist. Roth ist verheiratet und Vater von vier Kindern.

Vorschusslorbeeren für Roth

Laubers Nachfolger erhält Vorschusslorbeeren aus Liechtensteins Politik und Wirtschaft. Regierungschef Klaus Tschütscher zeigt sich überzeugt von den Qualitäten des neuen obersten Aufsehers: «Es ist uns gelungen, das wichtige Amt des FMA-Präsidenten mit einer international erfahrenen, respektierten und kompetenten Persönlichkeit zu besetzen», erklärt Tschütscher. Dies werde die Bedeutung der FMA als Standortfaktor für den Finanzplatz weiter stärken.

Auch die unter der Aufsicht der FMA stehenden Branchenverbände begrüssen die Wahl von Roth zum neuen Aufsichtspräsidenten der Behörde. Roth sei ein fundierter Kenner der Finanzbranche und weit über die Grenzen der Schweiz und Liech-

tenstein respektiert. «Für uns stellt die Wahl von Roth einen Glücksfall dar», sagt Adolf E. Real, der Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbandes. Die Liechtensteinische Treuhändervereinigung äussert sich ebenfalls zuversichtlich, dass die positive Zusammenarbeit zwischen der FMA und den Marktteilnehmern auch unter der neuen Führung weitergeführt werden kann. Roth habe die Bedürfnisse des Finanzplatzes und vor allem der Marktteilnehmer in seiner beruflichen Laufbahn kennengelernt, sagt Clemens Laternser, Geschäftsführer der Treuhändervereinigung, auf Anfrage.

Mit der Bestellung von Roth hat die Regierung innerhalb weniger Monate den zweiten Schweizer Experten verpflichtet. Per Anfang Dezember nimmt der Jurist Daniel Thelesklaf Einsitz in der Leitung der Anti-Geldwäschebehörde Financial Intelligence Unit (FIU). Für Regierungschef Tschütscher stellen die Verstärkungen einen wichtigen Bestandteil zur Umsetzung der Weissgeld-Strategie dar. SEITE 29



Neuer FMA-Chef: Urs Roth übernimmt den Posten von Michael Lauber. Bild pd